

Wie sehen die "großzügigen Angebote" aus, die der US-Vizepräsident Joe Biden auf der Münchener Sicherheitskonferenz den NATO-Partnern und der Welt gemacht hat?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 035/09 – 12.02.09**

Die Münchener Biden-Rede mit Kommentar

MÜNCHENER SICHERHEITSKONFERENZ, 07.02.09

(http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=238&)

Die Rede des US-Vizepräsidenten auf der Sicherheitskonferenz in München soll – so haben unsere Medien wieder einmal einträchtig berichtet – belegen, dass die neue US-Regierung ihre veränderte Politik künftig mit den NATO-Partnern abstimmen will und dafür im Gegenzug mehr Unterstützung erwartet. Eine gründlich Lektüre des Redetextes fördert allerdings einige Unverschämtheiten und Fußangeln zu Tage, die unsere "Starjournalisten" wieder einmal übersehen haben oder übersehen wollten. Wir haben die Rede komplett übersetzt und abschnittsweise kommentiert. Unser Kommentar erscheint kursiv.

Einführung: Die Ausgangslage

Frau Kanzlerin Merkel, Botschafter Ischinger, liebe Kollegen,

es ist gut, wieder in München zu sein. Ich hatte die Ehre, dieser Konferenz als Senator der Vereinigten Staaten beizuwohnen. Heute habe ich die besondere Ehre, eine neue amerikanische Regierung und die älteste amerikanische Tradition zu vertreten: die friedliche demokratische Übertragung der Macht. Ich möchte Ihnen die Entschuldigung zweier großer Amerikanern und zweier enger Freunde – der Senatoren John McCain und John Kerry – übermitteln. Sie hatten geplant, zusammen mit einer Zweiparteien-Kongressdelegation hier teilzunehmen, aber sie mussten in Washington bleiben, um sich an der Debatte über unseren Maßnahmen-Plan zur Rettung der Wirtschaft zu beteiligen. Ich komme nach Europa im Auftrag einer neuen Regierung, die entschlossen ist, in Washington und in Amerikas Beziehungen rund um die Welt einen neuen Ton anzuschlagen. Dieser neue Ton – eingewurzelt in starke Partnerschaften, die wir brauchen, um den allgemeinen Herausforderungen zu begegnen – ist kein Luxus. Er ist eine Notwendigkeit. Obwohl jeder neue Anfang ein Moment der Hoffnung ist, wird diese Begegnung zwischen Amerika und den anderen in diesem Raum vertretenen Ländern auch von Sorgen und Risiken überschattet. In dieser Situation haben wir unseren Mitbürgern gegenüber die Verpflichtung, das Nebensächliche und politische Trennende beiseite zu legen und kleinliche Einstellungen oder starre Ideologien zu überwinden. Wir müssen einander zuhören, von einander lernen und und zur Förderung des gemeinsamen Wohlstands und der gemeinsamen Sicherheit zusammenarbeiten. Das ist die Forderung des Augenblicks, und die Vereinigten Staaten werden ihr nachkommen.

Der neue "Ton", den Joe Biden ankündigt ist wahrlich kein Luxus, denn die bisher üblichen rüden Umgangsformen kann sich die neue Regierung eines wirtschaftlich, politisch und moralisch bankrotten Staates einfach nicht mehr leisten. Als Vertreter einer Macht, die mit ihren unzähligen Verstößen gegen des Völkerrecht, mit ihren kostspieligen Angriffskriegen und ihren betrügerischen Finanzmanipulationen die Hauptschuld an dem Zustand trägt, in dem sich die Welt zu Beginn des 21. Jahrhundert befindet, stellt Mister Biden gleich zu Beginn seiner Ausführungen neue, reichlich unverschämte Forderungen auf.

Ohne auch nur ein Wort an die Ursachen der gegenwärtigen Misere zu verschwenden oder wenigsten ganz bescheiden um Hilfe zu bitten, gibt der US-Vizepräsident sofort die neue Richtung vor, die bei genauerem Hinsehen die alte ist, aber von den NATO-Bündnispartnern mit noch mehr Geld und noch mehr Soldaten unterstützt werden soll.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen

Seit 45 Jahren hat diese Konferenz Amerikaner und Europäer – und in den letzten Jahren auch Vertreter von Ländern außerhalb der Transatlantischen Gemeinschaft – zusammengebracht, die über Angelegenheiten der äußeren Sicherheit nachdenken wollten. Seit diesem Jahr wissen wir besser als jemals zuvor, dass unsere äußere und wirtschaftliche Sicherheit unteilbar sind. Wir sehen uns alle mit einer ernststen Bedrohung unserer wirtschaftlichen Sicherheit konfrontiert, die Instabilität verbreiten und die Entwicklungen auffressen könnte, die durch die Verbesserung der Lebensumstände unserer Bürger eingetreten sind. In den Vereinigten Staaten ergreifen wir einschneidende Maßnahmen, um unser Finanzsystem zu stabilisieren, unsere Wirtschaft anzukurbeln und die Grundlagen für erneutes Wachstum zu legen. In Zusammenarbeit mit dem Kongress tätigen wir strategische Investitionen, die über drei Millionen Jobs retten oder neu schaffen und unsere Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer erhöhen sollen. Nach unserem Plan soll sich die Produktion alternativer Energien in den nächsten drei Jahren verdoppeln, und alle medizinischen Aufzeichnungen über unsere Bürger sollen digitalisiert werden; mehrere zehntausend Schulen und Colleges sollen modernste Lehrsäle, Laboratorien und Bibliotheken erhalten; alle Amerikaner sollen über einen Breitbandzugang (ins Internet) verfügen, und durch Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologie sollen Innovationen gefördert werden. Wir arbeiten auch daran, unsere Finanzeinrichtungen zu stabilisieren, indem wir staatliches Kapital einsetzen, um Vermögenswerte aufzukaufen oder abzusichern. Diese Eingriffe werden sich auch außerhalb unseres Landes positiv auswirken, wie auch die Maßnahmen anderer Nationen jenseits ihren Grenzen zu spüren sind. Um die besten Wirkungen zu erzielen, müssen wir möglichst eng zusammenarbeiten; wir müssen sicherstellen, dass sich unsere Handlungen ergänzen und diese globale Krise mit äußerster Anstrengung bekämpfen. Die Vereinigten Staaten werden ihren Teil dazu beitragen, und Präsident Obama freut sich darauf, diese Botschaft auch dem G-20-Gipfel zu überbringen, der sich im April in London treffen wird. Während wir mit einer Wirtschaftskrise kämpfen, müssen wir auch noch einen Krieg in Afghanistan führen, der jetzt in sein achttes Jahr geht, und einen Krieg im Irak, der auch schon ins sechste Jahr andauert.

Wir müssen auch die neuen Kräfte erkennen, die dieses junge Jahrhundert formen:

- Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und gefährlichen Krankheiten,
- der wachsende Abstand zwischen Reichen und Armen,
- ethnische Konflikte und gescheiterte Staaten,
- ein sich schnell erwärmender Planet und die Ungewissheit, wie lange die Vorräte an Energie, Nahrung und Wasser noch reichen,
- die Herausforderung, die der radikale Fundamentalismus für Freiheit und Sicherheit darstellt.

Joe Biden sagt viel über Pläne zur Bewältigung der Wirtschaftskrise in den USA, aber kein einziges Wort zu den US-amerikanischen Verursachern oder über Hilfen für die weltweit geschädigten Opfer. Es scheint fast so, als wolle er erneut Investoren anlocken, und ihnen Hoffnung machen, dass sie ihr Geld diesmal wirklich gewinnbringend in all den schönen Geschenken anlegen könnten, mit denen Obama die US-Amerikaner zu beglücken verspricht. Die Bemerkung, dass es die USA besonders schwer haben, weil sie auch in der Krise immer noch Krieg in Afghanistan und im Irak führen müssen, ist besonders dreist. In

diese völkerrechtswidrigen Angriffskriege sind doch die Billionen geflossen, die jetzt weltweit fehlen – auch die vielen Milliarden Euros deutscher Sparer, die mit den faulen Lehman-Derivaten eingesammelt wurden!

Die Aufzählung soll wohl belegen, dass die neue US-Regierung auch ein Herz für die Armen, Hungernden und Kranken hat – wobei sie den Nachweis dafür erst einmal im eigenen Land liefern müsste.

Die falsche Wahl zwischen Sicherheit und Werten

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, werden sich die Vereinigten Staaten von folgendem Grundprinzip leiten lassen:

Es gibt keinen Konflikt zwischen unserer Sicherheit und unseren Idealen. Sie verstärken sich gegenseitig. Mit Waffengewalt haben wir unsere Unabhängigkeit gewonnen, und in unserer Geschichte haben wir immer wieder mit Waffengewalt unsere Freiheit verteidigt. Das wird sich auch nicht ändern. Aber als wir unsere Unabhängigkeit erklärten, legten wir vor der Welt auch die Werte offen, auf die sich unsere Revolution berufen hat, und kündigten unsere Absicht an, in unserer Politik immer "die nötige Rücksicht auf die Meinung Andersdenkender" nehmen zu wollen. Unsere Gründerväter wussten damals und die Vereinigten Staaten beherzigen es heute immer noch, dass das Beispiel unserer Macht seine Entsprechung in der Kraft unseres Beispiels finden muss. Deshalb weisen wir eine Wahl zwischen unserer Sicherheit und unseren Idealen als falsch zurück. Amerika wird unsere Sicherheit und unsere Werte gleichzeitig zu verteidigen wissen, und alle werden deshalb sicherer sein. Wie sehr wir uns auch darum bemühen, auch in Zukunft werden wir unseren Idealen nicht immer gerecht werden können, wie wir ihnen auch in der Vergangenheit nicht immer gerecht wurden. Ich versichere Ihnen aber heute: Wir werden uns jeden Tag bemühen, unsere Werte zu achten, die Amerikas Demokratie begründen und uns an Sie binden. Deshalb hat sich Präsident Barack Obama in den allerersten Tagen seiner Präsidentschaft auf die grundlegenden Werte Amerikas berufen. Er erklärte vor der Welt:

Amerika wird nicht foltern. Wir werden die Rechte derjenigen achten, die wir vor Gericht bringen. Und wir werden die Haftanstalt in der Guantánamo-Bucht schließen. Vor uns liegen harte Entscheidungen. Weil wir ein dauerhaftes Netzwerk für unseren gemeinsamen Kampf gegen den Extremismus brauchen, müssen wir mit Nationen auf der ganzen Welt kooperieren – und dazu werden wir auch Ihre Hilfe brauchen. Zum Beispiel werden wir andere Staaten bitten, Verantwortung für einige der noch in Guantánamo Eingesperrten zu übernehmen. Für unsere Sicherheit sind wir alle zuständig. Deshalb sind wir auch alle für ihre Verteidigung verantwortlich.

Das verquaste Gerede über nicht näher bezeichnete "Ideale", denen die Sicherheit der USA nicht geopfert werden dürfe, dient nur der Verschleierung der klar ausgesprochenen Tatsache, dass die USA ihre Interessen schon immer mit Waffengewalt durchgesetzt haben. Mit der flapsigen Bemerkung, man könne seinen Idealen halt nicht immer gerecht werden, versucht Biden sogar die jüngsten Verbrechen der Bush-Administration zu entschuldigen. Die Behauptung, was der Sicherheit der USA diene, mache auch die Welt sicherer, ist ein typisches Beispiel für die Überheblichkeit eines US-Amerikaners, der Washington für den Nabel dieses Planeten hält.

Biden möchte zwar den Eindruck erwecken, dass Barack Obama eine auf dem Boden des Völkerrechts fußende Politik vorhat, vollzieht aber keine Abkehr von der Faustrechts-Politik der Bush-Administration. Er verurteilt weder deren völkerrechtswidrige Angriffskriege noch deren Eingriffe in die Bürgerrechte der USA oder deren permanente Verstöße gegen das Kriegsrecht und die Genfer Konventionen.

Bushs verlogene Versicherung "Amerika foltert nicht!" taucht bei Biden erneut als das Ver-

sprechen auf: "Amerika wird nicht foltern." Hätte er nicht wenigstens sagen können: "Amerikanische Geheimdienstler und Militärs werden in Zukunft nicht mehr foltern!" Dass in den Geheimgefängnissen der CIA und der US-Streitkräfte gefoltert wurde, ist doch erwiesen. Wird die Obama-Regierung mit Guantánamo auch die anderen Foltergefängnisse schließen? Wird sie die Praxis der "Renditions", der illegalen Entführungen, beenden? Wird sie die unrechtmäßig Verschleppten und Eingesperrten entschädigen? Warum sollen NATO-Partner entlassene Guantánamo-Häftlinge aufnehmen, für deren Entschädigung und Heimführung allein die USA zuständig sind?

Was werden wir tun – was werden wir fragen?

Wie wird die Basis für einen neuen Versuch, den Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu begegnen, nun aussehen?

Amerika wird selbst mehr tun, aber Amerika wird auch mehr von seinen Partnern erwarten. Das sind unsere Absichten, für die wir die Unterstützung unserer Partner erwarten.

Erstens: Wir wollen, wann immer wir können, mit unseren Partnern zusammenarbeiten und nur, wenn wir müssen, allein agieren.

Die Bedrohungen, denen wir gegenüberstehen, machen nicht an Grenzen halt. Kein einzelner Staat, gleichgültig, wie mächtig er sein möge, kann ihnen am besten alleine begegnen. Wir glauben nicht, dass internationale Bündnisse und Organisationen Amerikas Macht schmälern – sie helfen uns ganz im Gegenteil unsere kollektive Sicherheit zu bewahren und unsere, wirtschaftlichen Interessen und Werte zu sichern. Deshalb werden wir uns auch (in den Bündnissen und Organisationen) engagieren. Wir werden zuhören. Wir werden uns beraten. Denn Amerika braucht die Welt, und ich glaube, dass die Welt auch Amerika braucht. Aber wir sagen unseren Freunden auch, dass die Bündnisse, Verträge und internationalen Organisationen, die wir bauen, glaubwürdig und effektiv sein müssen. Das erfordert das allgemeine Einverständnis, dass Regeln, nach denen man selbst lebt, auch gegenüber anderen durchgesetzt werden müssen.

Das ist die Übereinkunft, die wir anstreben. Diese Übereinkunft sollte uns auch leiten in unseren gemeinsamen Anstrengungen, den Iran davon zu überzeugen, dass er die Entwicklung von Kernwaffen aufgeben muss. Das iranische Volk ist ein großartiges Volk, und die persische Kultur ist eine großartige Kultur. Aber der Iran hat einen Weg eingeschlagen, der nicht dem Frieden in der Region oder dem Wohlstand ihrer Völker dient; sein illegales Atomprogramm ist nur ein Beleg dafür. Unsere Regierung ist noch dabei, ihre Iran-Politik zu überprüfen, aber so viel kann ich jetzt schon sagen:

Wir sind zu Gesprächen bereit.

Wir sind bereit, mit dem Iran zu sprechen, und eine einfache Entscheidung anzubieten: Wenn er seinen gegenwärtigen Kurs fortsetzt, wird es noch mehr Druck und Isolierung geben; Wenn er sei illegales Atomprogramm und die Unterstützung des Terrorismus aufgibt, eröffnen sich ihm bedeutsame Perspektiven.

Das "großzügige Angebot zu engerer Kooperation" lautet im Klartext: Wenn wir euch brauchen, dürft ihr gern unsere Aktivitäten unterstützen. Wenn ihr uns stört, machen wir unseren Kram alleine.

Da der rücksichtslose Hegemonialanspruch der USA zu scheitern droht, hofft man ihn jetzt mit stärkerer Unterstützung der NATO, der UNO und ihrer Institutionen doch noch durchsetzen zu können. Deshalb will man "zuhören und sich beraten". Von Einordnung in die

Staatengemeinschaft und von der Anerkennung von Mehrheitsbeschlüssen ist nicht die Rede. Dass US-Amerika in seiner jetzigen Lage dringend auf die Hilfe der Welt angewiesen ist, soll nicht bestritten werden. Aber die Welt braucht sich von den in jeder Hinsicht bankrotten USA, die an der gegenwärtigen weltweiten Krise schuld sind, keine Vorschriften mehr machen zu lassen.

Dass ausgerechnet Biden, der alle völkerrechtswidrigen Entscheidungen der Bush-Administration mitgetragen hat, die NATO-Partner daran erinnert, dass geltende Regeln auch eingehalten werden müssen, wird an Dreistigkeit nur noch dadurch überboten, dass er sie auffordert, die US-Erpressungspolitik gegen den Iran zu unterstützen.

Der Iran verfolgt ein legales ziviles Atomprogramm, das ihm niemand verbieten kann, weil ihm das als Unterzeichnerstaat des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zusteht.

Das "Gesprächsangebot" der Obama-Regierung an den Iran ist nichts anderes als das alte Bush-Ultimatum: Wenn der Iran sein angeblich "illegales" Atomprogramm nicht aufgibt, muss er mit "Sanktionen" rechnen – das heißt mit einer Blockade, die Vorwände für einen militärischen Überfall liefert.

Auch die Obama-Regierung gedenkt sich nicht an das Völkerrecht zu halten, erwartet aber, dass die NATO-Partner behilflich sind, die vor allem Eigeninteressen dienenden US-Spielregeln durchzusetzen.

Zweitens: Wir werden uns bemühen, präventiv, nicht präemptiv, zu handeln, um nach Möglichkeit nie zwischen den Risiken eines Krieges und den Gefahren der Untätigkeit wählen zu müssen

Wir werden alle Elemente unserer Macht einsetzen – das Militär, die Diplomatie, die Geheimdienste, die Strafverfolgung, unsere Wirtschaftskraft und unsere Kultur – um Krisen zu stoppen, bevor sie ausbrechen. Kurz gesagt, wir wollen die Gesamtheit der Macht Amerikas wiedererlangen und mit der Diplomatie anfangen. An seinem zweiten vollen Arbeitstag im Amt besuchte Präsident Obama unser Außenministerium, um die zentrale Bedeutung der Diplomatie für unsere nationale Sicherheit zu betonen. Dieses Engagement kann auch aus seinen Ernennungen abgelesen werden, beginnend mit der Außenministerin Hillary Clinton. Es wird auch aus der Entscheidung des Präsidenten ersichtlich, zwei der bewährtesten Diplomaten Amerikas – Senator George Mitchell und Botschafter Richard Holbrooke – als Sonderbotschafter für zwei der drängendsten und kompliziertesten Konfliktfelder Welt zu berufen.

Es handelt sich um das Streben nach einem sicheren, gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und den Palästinensern und um die Verpflichtung, die Schlupfwinkel der Terroristen in den Bergen zwischen Afghanistan und Pakistan auszuräuchern. In der Bewältigung beider Konflikte sucht Amerika Ihre Partnerschaft. Senator Mitchell hat gerade seine erste Reise in den Nahen Osten beendet. Er war vor allem dort, um zuzuhören. Zunächst müssen wir die Waffenruhe in Gaza stabilisieren, indem wir Ägypten und andere Länder dabei unterstützen, den Schmuggel zu stoppen; dann müssen wir eine internationale Entwicklungs- und Wiederaufbauinitiative starten, welche die Palästinensische Autonomiebehörde und nicht die Hamas stärkt.

Keine dieser Absichten kann ohne enge Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und unseren arabischen Partnern realisiert werden. Dann müssen wir das Fundament für breitere friedensstiftende Maßnahmen legen. Es ist längst Zeit für eine sichere und gerechte Zwei-Staaten-Lösung. Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen die Extremisten besiegt werden, die den Konflikt immer wieder anheizen. Auf den positiven Elemente der durch Saudi-Arabien in Gang gesetzten arabischen Friedensinitiative aufbauend, werden wir auf einen breiteren Regionalfrieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn hinarbeiten.

Während wir im Irak unsere Streitkräfte verantwortungsbewusst abbauen, werden die Vereinigten Staaten fortfahren, für ein stabiles Afghanistan zu arbeiten, das kein Rückzugsgebiet für Terroristen mehr ist. Wir freuen uns darauf, dieses Engagement mit den Regierungen und den Menschen Afghanistans und Pakistans und mit unseren Verbündeten und Partnern zu teilen, weil eine sich verschlechternde Situation in dieser Region unser aller Sicherheit und nicht nur die der Vereinigten Staaten bedroht. Präsident Obama hat eine strategische Überprüfung unserer Politik in Afghanistan und Pakistan angeordnet, um sicherzustellen, dass unsere Ziele klar und erreichbar sind.

Während dieser Überprüfung, erwarten wir Ideen und Vorschläge von Ihnen, unseren Partnern. Das Ergebnis muss eine umfassende Strategie sein, für die wir alle Verantwortung übernehmen, die unsere zivilen und militärischen Mittel zusammenfasst und verhindert, dass Afghanistan noch länger Rückzugsgebiet für Terroristen bleibt; außerdem müssen wir den Afghanen helfen, Fähigkeiten zur Sicherung ihre eigenen Zukunft zu entwickeln.

Keine Strategie für Afghanistan kann ohne Einbeziehung Pakistans erfolgreich sein. Wir alle müssen unsere Zusammenarbeit mit dem Volk und der Regierung Pakistans stärken und helfen, die Stammesgebiete zu stabilisieren und die Wirtschaftsentwicklung und den Wohlstand im ganzen Land zu fördern.

Auch in Zukunft gedenken die USA präventive völkerrechtswidrige Angriffsriege zu führen. Weil ihnen aber das Geld für ihre riesige Militärmaschinerie ganz auszugehen droht, wird jetzt die Diplomatie bemüht, damit sich die NATO-Partner noch stärker an laufenden und geplanten kostspieligen US-Unternehmungen beteiligen.

Es ist eine offene Verhöhnung der Palästinenser, wenn Mister Biden über eine "gerechte Zwei-Staaten-Lösung" schwadroniert, nachdem Mister Obama kein Wort über das Massaker verloren hat, das die israelische Armee gerade im Gaza-Streifen angerichtet hat. Auch hier wird die Obama-Regierung den Bush-Kurs unverändert fortsetzen und einseitig Partei für Israel und gegen die Palästinenser ergreifen. Die Europäer dürfen nur beim Wiederaufbau Gazas helfen, damit die israelische Armee bei neuen Überfällen wieder neue Ziele zum Bombardieren vorfindet.

Dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in Afghanistan auf Pakistan ausgeweitet wird, steht schon fest, die "Bündnispartner" dürfen nur noch "vorschlagen", wie viele neue Soldaten und wie viel neues Geld sie dazu beisteuern werden.

Drittens: Amerika wird allen die Hand reichen, die ihre Fäuste öffnen.

Wir glauben nicht an einen Krieg der Zivilisationen. Wir sehen nur einen gemeinsamen Kampf gegen den Extremismus – und wir werden alles in unserer gemeinsamen Macht Stehende tun, damit die Kräfte der Toleranz obsiegen. In der muslimischen Welt ist eine kleine Zahl gewaltbereiter Extremisten vernünftigen Argumenten nicht mehr zugänglich. Die werden wir besiegen. Aber Hunderte von Millionen Herzen und Hirne teilen die Werte, die auch uns teuer sind. Die gilt es zu erreichen. Präsident Obama hat klargemacht, dass wir einen neuen Weg suchen, der vorwärts führt und auf gegenseitigen Interessen und gegenseitigem Respekt beruht. Es war kein Zufall, dass er sein allererstes Interview als Präsident (dem arabischen TV-Sender) Al-Arabiya gegeben hat.

Um den Herausforderungen dieses neuen Jahrhunderts begegnen zu können, sind Verteidigungsbereitschaft und Diplomatie notwendig – aber allein nicht ausreichend. Wir müssen auch Entwicklung und Demokratie – zwei der stärksten Waffen in unserem Arsenal – einsetzen. Arme Gesellschaften und schlecht funktionierende Staaten können Brutstätten für den Extremismus, für Konflikte und Seuchen werden. Nicht demokratisch strukturierte Na-

tionen frustrieren die berechtigten Sehnsüchte ihrer Bürger und liefern Zündstoff für Resentiments.

Unsere Regierung hat sich das ehrgeizige Ziele gesetzt, durch die Erhöhung der Entwicklungshilfe die äußerste Armut bis 2015 zu halbieren:

- durch Abbau der globalen Erziehungsdefizite,
- durch Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt,
- durch eine neue grüne Revolution, die eine ausreichenden Versorgung mit Nahrung garantiert,
- durch Verbreitung der Demokratie – nicht durch gewaltsames Überstülpen von außen, sondern durch zusammen mit Gemäßigten in Regierungen und Gesellschaften aufgebaute Institutionen, welche die Freiheit schützen.

Wir sind auch entschlossen, eine nachhaltige Zukunft für unseren Planeten zu schaffen – und wir sind bereit, mit gutem Beispiel voran zu gehen. Amerika wird mit mit gleichgesinnten Nationen gemeinsam gegen die Klimaveränderung kämpfen und sich um Energiesicherheit bemühen. Die Stimulierung für unsere Wirtschaft schließt langfristig angelegte Investitionen für erneuerbare Energien mit ein.

Der Präsident hat unsere Umweltbundesbehörde angewiesen, zu untersuchen, wie wir Emissionen reduzieren können; er hat einen Prozess zur Energieeinsparung eingeleitet und einen Klimabeauftragten ernannt – und das alles in seiner ersten Woche im Amt. Weil Amerika mehr Wert auf Diplomatie, Entwicklung, Demokratie und Bewahrung unseres Planeten legen will, werden wir unsere Verbündeten bitten, auch selbst einige ihrer eigenen Festlegungen zu überdenken – einschließlich ihrer Bereitschaft zur Gewaltanwendung, wenn sonst nichts hilft.

Wenn es um radikale Gruppen geht, die Terror als Werkzeug einsetzen, um radikale Staaten, die Terroristen beherbergen, den Frieden stören, Massenvernichtungswaffen herstellen oder verbreiten und um Regime, die systematisch töten oder ethnische Säuberungen unter der eigenen Bevölkerung durchführen, müssen wir uns zusammentun und jedes uns zur Verfügung stehende Mittel einsetzen, um diese Bedrohung zu beseitigen.

Keiner von uns kann die neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts leugnen oder ihnen entfliehen. Noch können wir der Verantwortung ausweichen, uns ihnen zu stellen.

Da haben wir ihn wieder, den "weltweiten Krieg gegen den Terrorismus", den die Bush-Administration nach den inszenierten Anschlägen des 11. Septembers 2001 ausgerufen hat. Er hat unter Bush als Vorwand für alle völkerrechts- und verfassungswidrigen Eingriffe der herrschenden Klasse in den westlichen Gesellschaften gedient und soll auch unter Obama diese äußerst nützliche Rolle weiterspielen.

Auch die nachfolgende "Zukunftsslyrik" dient der Verschleierung der wahren Absichten. Woher will die Obama-Regierung das Geld für die Halbierung der Armut auf der Welt bis zum Jahr 2015 nehmen? Sie wird jeden noch verfügbaren Dollar in ihre Kriege stecken müssen und keinen einzigen Cent für eines der aufgezählten Vorhaben übrig haben.

Biden geht es vor allem darum, die NATO-Esel mit den vorgegaukelten "Heubündeln" künftiger hehrer Ziele auf Kriegskurs gegen den Iran zu locken.

Sie sollen auch auf den Einsatz von Atomwaffen vorbereitet werden, denn nicht anderes beabsichtigt der Satz: "Wir müssen uns zusammentun und jedes uns zur Verfügung stehende Mittel einsetzen, um diese Bedrohung zu beseitigen."

Die Erneuerung unserer Allianz

In zwei Monaten werden sich die Mitglieder der North Atlantic Treaty Organization zum

60. Jahrestag unseres Bündnisses versammeln. Diese Allianz ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Eckstein unserer gemeinsamen Sicherheit gewesen. Sie hat die USA in Europa verankert und geholfen, ein vereintes und freies Europa zu schmieden. Wir haben einen Pakt geschlossen, um die Freiheit unserer Völker zu wahren – gegründet auf den Grundsätzen der Demokratie, der persönlichen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit. Wir haben vereinbart, zusammenzuarbeiten, uns zu beraten und mit Entschlossenheit zu handeln, wenn die Grundsätze, die wir verteidigen, bedroht werden.

Es gibt zwar viel zu feiern, aber wir müssen noch mehr tun. Zu unserer gemeinsamen Sicherheit müssen wir die NATO erneuern, damit ihr Erfolg im 20. Jahrhundert auch im 21. anhält. Der Hauptzweck der NATO bleibt die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder. Aber angesichts der neuen Bedrohungen, brauchen wir eine neue Entschlossenheit, sich ihnen auch zu stellen, und die Fähigkeiten, erfolgreich zu sein. Unsere Allianz muss besser ausgerüstet werden, damit sie helfen kann, die Ausbreitung der gefährlichsten Waffen der Welt zu stoppen; sie muss mehr um den Terrorismus und die Sicherheit des Internets kümmern und ihre Zuständigkeit auf Energiesicherheit und effektive Einsätze innerhalb und außerhalb des Bündnisgebietes ausweiten.

Wir werden die Entwicklung eines Raketenabwehrschildes fortsetzen, um einer wachsenden Bedrohung durch iranische Raketen zu begegnen, vorausgesetzt die Technologie arbeitet zuverlässig und ist zu bezahlen.

Wir werden das in der Beratung mit unseren NATO-Verbündeten und Russland tun. Weil wir die NATO erneuern wollen, würden es die Vereinigten Staaten wie andere Verbündete sehr begrüßen, wenn Frankreich, sich entschließen könnte, wieder voll in die militärische Integration des Bündnisses einzusteigen. In einer kürzlich geführten Diskussion mit dem Präsidenten Sarkozy unterstrich Präsident Obama seine starke Unterstützung für Frankreichs volle Teilnahme in allen NATO-Strukturen, sollte das der Wunsch Frankreichs sein. Frankreich ist ein Gründungsmitglied der NATO und ein Hauptmitwirkender an ihren Operationen. Neue Verantwortlichkeiten Frankreichs würden nur die Bedeutung seiner Beiträge in der Geschichte der NATO widerspiegeln und die Rolle Europas innerhalb der Allianz stärken.

Wir unterstützen auch die weitere Stärkung der europäischen Verteidigung, eine erweiterte Rolle der Europäischen Union bei der Bewahrung des Friedens und der Sicherheit, eine stärkeren NATO-EU-Partnerschaft und eine engere Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb des Bündnisses, die unsere gemeinsamen Absichten und Prinzipien teilen.

Die Vereinigten Staaten weisen die Behauptung zurück, dass Gewinne für die NATO Verluste für Russland sind, oder dass Russlands Stärke die Schwäche der NATO ist. In den letzten Jahren hat es eine gefährliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und den Mitgliedern unserer Bündnisses gegeben.

Es ist Zeit, um den Reset-Button zu drücken und sich der vielen Gebiete zu erinnern, wo wir zusammenarbeiten können und sollten. Unsere russischen Kollegen haben schon lange vor der steigenden Bedrohung durch die Taliban und Al-Qaida in Afghanistan gewarnt. Heute können und sollten die NATO und Russland zusammenarbeiten, um diese gemeinsamen Feinde zu besiegen.

Wir können und sollten zusammenarbeiten, um vagabundierende Atomwaffen und Materialien zu sichern und ihre Ausbreitung zu verhindern, um die Überprüfungsverfahren im START-Vertrag zu erneuern und die vorhandene Verträge zu verifizieren und um über die weitere Abrüstung unserer Arsenale zu verhandeln. Die Vereinigten Staaten und Russland

haben eine spezielle Verpflichtung, die internationale Bemühungen, die Zahl der Atomwaffen in der Welt zu reduzieren, wieder in Gang zu setzen. (Der Strategic Arms Reduction Treaty [= Vertrag zur Verringerung der Strategischen Nuklearwaffen], meist START abgekürzt, ist ein Abrüstungsabkommen zur gemeinsamen, schrittweisen Reduzierung atomarer Trägerwaffensysteme, das zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geschlossen wurde.)

Wir stimmen mit Russland nicht in allem überein. Zum Beispiel werden die Vereinigten Staaten Abchasien und Nord-Ossetien nicht als unabhängige Staaten anerkennen. Wir werden auch einen (russischen) Einflussbereich nicht anerkennen. Wir bleiben bei unserer Ansicht, dass souveräne Staaten das Recht haben, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und sich ihre Bündnisse selbst auszuwählen.

Aber die Vereinigten Staaten und Russland können trotzdem dort zusammenarbeiten, wo sie gemeinsame Interessen haben, auch wenn sie nicht in allem übereinstimmen.

Weil die Angriffskriege der USA in eine beispiellose militärische Niederlage zu münden drohen, soll die wiederbelebte NATO mit noch mehr Soldaten und vor allem mit dem Geld ihrer Mitglieder doch noch den Sieg für die USA erringen. Weil man die Bundesrepublik eh schon "im Sack" zu haben glaubt, wird vor allem Frankreich hofiert.

Auch Russland darf mit Nachschubwegen über sein Territorium dazu beitragen, dass der Krieg in Afghanistan nicht in einer katastrophalen Niederlage endet. Das heißt aber nicht, dass man den geplanten Raketenschild in Osteuropa endgültig aufgegeben und Russlands Anspruch auf Anerkennung seines Einflussbereichs akzeptieren wird.

Wenn die USA wieder etwas besser dastehen, hofft man auch gegenüber dem Rivalen Russland wieder entschiedener auftreten zu können.

Schlussfolgerungen

Diese Konferenz fing im Schatten des Kalten Kriegs an. Jetzt findet sie in einem neuen Jahrhundert mit neuen Bedrohungen statt. Wie ein großer Dichter einst schrieb, hat sich unsere Welt völlig verändert – eine schreckliche Schönheit wurde geboren. Auch wir müssen uns ändern, indem wir unsere Grundsätzen bewahren, auf die unsere Allianz gegründet wurde.

Und wir müssen den Mut und das Engagement derjenigen haben, die vor uns beschlossen haben, zusammenzuarbeiten, gemeinsam etwas aufzubauen und zusammen zu stehen. In gemeinsamen Idealen und auf der Suche nach Partnern in einer komplizierteren Welt verlassen sich Amerikaner und Europäer noch immer lieber auf einander, bevor sie sich anderen zuwenden,

Unsere Partnerschaft nützt uns allen. Es wird Zeit, sie zu erneuern.

Mister Biden ist als Wolf im Schafspelz nach München gereist. Ein Kriegstreiber frisst auch schon mal Kreide, wenn ihm die Felle davon zu schwimmen drohen.

Die neue Obama-Regierung versucht die gescheiterte Politik der abgetretenen Bush-Administration in neuer Verpackung mit stärkerer NATO-Unterstützung fortzusetzen. Auch die Kriegs- und sonstigen Verbrechen der Bush-Administration sollen nicht etwa aufgearbeitet und bestraft, sondern nahtlos fortgesetzt werden. Diese eigentliche Biden-Botschaft haben unsere Medien wahrscheinlich nicht aus Nachlässigkeit, sondern vorsätzlich verschwiegen.

Nachfolgend drucken wir den Originaltext ab.

Rede des US-Vizepräsidenten Joe Biden auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz

07.02.2009

Introduction: This Moment

Chancellor Merkel, Ambassador Ischinger, colleagues:

It is good to be back in Munich. I was honored to attend this conference as a United States Senator. Today, I am especially honored to represent a new American administration and the oldest American tradition: the peaceful, democratic transfer of power. I bring with me the regrets of two great Americans and two close friends - Senators John McCain and John Kerry. They had planned to be here, along with a bi-partisan Congressional delegation, but they were detained in Washington by the debate on our economic recovery plan. I come to Europe on behalf of a new administration determined to set a new tone in Washington, and in America's relations around the world. That new tone – rooted in strong partnerships to meet common challenges – is not a luxury. It is a necessity. While every new beginning is a moment of hope, this moment for America and the countries represented in this room – is fraught with concern and peril. In this moment, our obligation to our fellow citizens is to put aside the petty and the political to reject zero sum mentalities and rigid ideologies, to listen to and learn from one another and to work together for our common prosperity and security. That is what this moment demands. That is what the United States is determined to do.

The Challenges We Face

For 45 years, this conference has brought together Americans and Europeans – and, in recent years, leaders from beyond the Trans-Atlantic community – to think through matters of physical security. This year, more than ever before, we know that our physical security and our economic security are indivisible. We are all confronting a serious threat to our economic security that could spread instability and erode the progress we've made in improving the lives of our citizens. In the United States, we are taking aggressive action to stabilize our financial system, jump start our economy and lay a foundation for growth. Working with Congress, we will make strategic investments that create and save over three million jobs and boost our competitiveness in the long-run. Our plan includes doubling the production of alternative energy in the next three years - computerizing our citizens' medical records; equipping tens of thousands of schools and colleges with 21st century classrooms, labs, and libraries; expanding broadband access across America; and investing in science, research and technology to spur innovation. We're also working to stabilize our financial institutions by injecting capital, purchasing some assets, and guaranteeing others. These remedies will have an impact far beyond our shores, just as the measures other nations are taking will be felt beyond their borders, too. Because of that, to the greatest extent possible, we must cooperate, make sure that our actions are complementary, and do our utmost to combat this global crisis. The United States is doing its part and President Obama looks forward to taking this message to the G-20 meeting in London in April. Even as we grapple with an economic crisis, we must contend with a war in Afghanistan now in its eighth year, and a war in Iraq well into its sixth year.

And we must recognize new forces shaping this young century:

- The spread of mass destruction weapons and dangerous diseases;
- A growing gap between rich and poor;
- Ethnic animosities and failed states;
- A rapidly warming planet and uncertain supplies of energy, food, water;
- The challenge to freedom and security from radical fundamentalism.

The False Choice Between Security and Values

In meeting these challenges, the United States will be guided by this basic principle:

There is no conflict between our security and our ideals. They are mutually reinforcing. The force of arms won our independence, and throughout our history, the force of arms has protected our freedom. That will not change. But the very moment we declared our independence, we laid before the world the values behind our revolution and the conviction that our policies must be informed by a “decent respect for the opinions of mankind.” Our Founders understood then and the United States believes now - that the example of our power must be matched by the power of our example. That is why we reject as false the choice between our safety and our ideals. America will vigorously defend our security and our values, and in doing so we will all be more secure. As hard as we try, I know that we are likely to fall short of our ideals in the future, just as we have in the past. But I commit to you now: we will strive, every day, to honor the values that animate America’s democracy ... and that bind us to you. That is why, on one of the very first days of his presidency, Barack Obama reaffirmed America’s most basic values. He made clear to the world:

America will not torture. We will uphold the rights of those we bring to justice. And we will close the detention facility at Guantanamo Bay. Tough choices lie ahead. As we seek a lasting framework for our common struggle against extremism, we will have to work cooperatively with nations around the world – and we will need your help. For example, we will be asking others to take responsibility for some of those now at Guantanamo. Our security is shared. So, too, is our responsibility to defend it.

What We Will Do - What We Will Ask

That is the basis upon which we want to build a new approach to the challenges of this century.

America will do more, but America will ask for more from our partners. Here is what we will do and what we hope our partners will consider.

First, we will work in partnership whenever we can, alone only when we must.

The threats we face have no respect for borders. No single country, no matter how powerful, can best meet them alone. We believe that international alliances and organizations do not diminish America’s power – they help us advance our collective security, economic interests and values. So we will engage. We will listen. We will consult. America needs the world, just as I believe the world needs America. But we say to our friends that the alliances, treaties and international organizations we build must be credible and they must be effective. That requires a common commitment not only to live by the rules, but to enforce them.

That is the bargain we seek. Such a bargain can be at the heart of our collective efforts to

convince Iran to forego the development of nuclear weapons. The Iranian people are a great people, and Persian civilization is a great civilization. But Iran has acted in ways that are not conducive to peace in the region or to the prosperity of its people; its illicit nuclear program is but one manifestation. Our administration is reviewing policy toward Iran, but this much I can say:

We are willing to talk.

We are willing to talk to Iran, and to offer a very clear choice: continue down your current course and there will be pressure and isolation; abandon your illicit nuclear program and support for terrorism and there will be meaningful incentives.

Second, we will strive to act preventively, not preemptively to avoid wherever possible a choice of last resort between the risks of war and the dangers of inaction.

We will draw upon all the elements of our power - military and diplomatic; intelligence and law enforcement; economic and cultural - to stop crises before they start. In short, we will recapture the totality of America's strength, starting with diplomacy. On his second full day in office, President Obama went to our State Department, where he stressed the centrality of diplomacy to our national security. That commitment can be seen in his appointments, starting with Secretary of State Hillary Clinton. It can be seen in the President's decision to name two of America's most tenacious diplomats - Senator George Mitchell and Ambassador Richard Holbrooke - to contend with two of the world's most urgent and vexing challenges:

The need for a secure, just and lasting peace between Israel and the Palestinians and the imperative of stopping the mountains between Afghanistan and Pakistan from providing a haven for terrorists. In both of these efforts, America seeks your partnership. Senator Mitchell just completed his first trip to the Middle East. Above all, he went to listen. In the near term, we must consolidate the cease-fire in Gaza by working with Egypt and others to stop smuggling and developing an international relief and reconstruction effort that strengthens the Palestinian Authority, not Hamas.

Neither of these goals can be accomplished without close collaboration among the United States, Europe and our Arab partners. Then, we must lay the foundation for broader peacemaking efforts. It is past time for a secure and just Two State solution. We will work to achieve it, and to defeat the extremists who would perpetuate the conflict. And, building on the positive elements of the Arab Peace initiative put forward by Saudi Arabia, we will work toward a broader regional peace between Israel and its Arab neighbors.

As we responsibly draw down our forces in Iraq, the United States will continue to work for a stable Afghanistan that is not a haven for terrorists. We look forward to sharing that commitment with the government and people of Afghanistan and Pakistan and with our allies and partners because a deteriorating situation in the region poses a security threat to all of us, not just the United States. President Obama has ordered a strategic review of our policy in Afghanistan and Pakistan to make sure that our goals are clear and achievable.

As we undertake that review, we seek ideas and input from you, our partners. The result must be a comprehensive strategy for which we all take responsibility that brings together our civilian and military resources that prevents a terrorist safe have and that helps Afghans develop the capacity to secure their own future.

No strategy for Afghanistan can succeed without Pakistan. We must all strengthen our co-

operation with the people and government of Pakistan, help them stabilize the Tribal Areas and promote economic development and opportunity throughout the country.

Third, America will extend a hand to those who unclench their fists.

We do not believe in a clash of civilizations. We do see a shared struggle against extremism – and we will do everything in our collective power to help the forces of tolerance prevail. In the Muslim world, a small number of violent extremists are beyond the call of reason. We will defeat them. But hundreds of millions of hearts and minds share the values we hold dear. We will reach them. President Obama has made clear that we will seek a new way forward based on mutual interest and mutual respect. It was not by accident that he gave his very first interview as President to Al-Arabiya.

To meet the challenges of this new century, defense and diplomacy are necessary - but not sufficient. We also need to wield development and democracy – two of the most powerful weapons in our arsenal. Poor societies and dysfunctional states can become breeding grounds for extremism, conflict and disease. Non-democratic nations frustrate the rightful aspirations of their citizens and fuel resentment.

Our administration has set ambitious goals to increase foreign assistance – To cut extreme poverty in half by 2015;

- To help eliminate the global education deficit;
- To cancel the debt of the world's poorest countries;
- To launch a new Green Revolution that produces sustainable supplies of food and;
- To advance democracy not through its imposition by force from the outside, but by working with moderates in government and civil society to build the institutions that will protect freedom.

We also are determined to build a sustainable future for our planet – and we are prepared to lead by example. America will act aggressively against climate change and in pursuit of energy security with like-minded nations. Our administration's economic stimulus includes long-term investments in renewable energy.

The President has directed our environmental protection agency to review how we regulate emissions, started a process to raise fuel efficiency and appointed a climate envoy – all in his first week in office. As America renews our emphasis on diplomacy, development, democracy and preserving our planet, we will ask our allies to rethink some of their own approaches - including their willingness to the use force when all else fails.

When it comes to radical groups that use terror as a tool, radical states that harbor extremists, undermine peace and seek or spread weapons of mass destruction and regimes that systematically kill or ethnically cleanse their own people - we must stand united and use every means at our disposal to end the threat they pose.

None of us can deny – or escape - the new threats of the 21st century. Nor can we escape the responsibility to meet them.

Renewing Our Alliance

Two months from now, the members of the North Atlantic Treaty Organization will gather for our Alliance's 60th anniversary. This Alliance has been the cornerstone of our common security since the end of World War II. It has anchored the United States in Europe and

helped forge a Europe whole and free. Together, we made a pact to safeguard the freedom of our peoples, founded on the principles of democracy, individual liberty and the rule of law. We made a commitment to cooperate, to consult – and to act with resolve when the principles we defend are challenged.

There is much to celebrate. But we must do more. We must recommit to our shared security and renew NATO, so that its success in the 20th century is matched in the 21st. NATO's core purpose remains the collective defense of its members. But faced with new threats, we need a new resolve to meet them, and the capabilities to succeed. Our Alliance must be better equipped to help stop the spread of the world's most dangerous weapons, to tackle terrorism and cyber-security, to expand its writ to energy security and to act in and out of area effectively.

We will continue to develop missile defenses to counter a growing Iranian capability, provided the technology is proven to work and cost effective.

We will do so in consultation with our NATO allies and Russia. As we embark on this renewal project, the United States, like other Allies, would warmly welcome a decision by France to fully participate in NATO structures. In a recent discussion with President Sarkozy, President Obama underscored his strong support for France's full participation in NATO, should France wish it. France is a founding member of NATO and a major contributor to its operations. We would expect France's new responsibilities to reflect the significance of its contributions throughout NATO's history and strengthen the European role within the Alliance.

We also support the further strengthening of European defense, an increased role for the European Union in preserving peace and security, a fundamentally stronger NATO-EU partnership and deeper cooperation with countries outside the Alliance who share our common goals and principles.

The United States rejects the notion that NATO's gain is Russia's loss, or that Russia's strength is NATO's weakness. The last few years have seen a dangerous drift in relations between Russia and the members of our Alliance.

It is time to press the reset button and to revisit the many areas where we can and should work together. Our Russian colleagues long ago warned about the rising threat from the Taliban and Al Qaeda in Afghanistan. Today, NATO and Russia can and should cooperate to defeat this common enemy.

We can and should cooperate to secure loose nuclear weapons and materials and prevent their spread, to renew the verification procedures in the START treaty and then go beyond existing treaties to negotiate deeper cuts in our arsenals. The United States and Russia have a special obligation to lead the international effort to reduce the number of nuclear weapons in the world.

We will not agree with Russia on everything. For example, the United States will not recognize Abkhazia and South Ossetia as independent states. We will not recognize a sphere of influence. It will remain our view that sovereign states have the right to make their own decisions and choose their own alliances.

But the United States and Russia can disagree and still work together where our interests coincide.

Conclusion

This conference started in the shadow of the Cold War. Now it takes place in a new century with new threats. As a great poet once wrote, our world has changed utterly - a terrible beauty has been born. We must change too, while remaining true to the principles upon which our alliance was founded.

And we must have the courage and commitment of those who came before us to work together to build together - and to stand together. In sharing ideals and searching for partners in a more complex world, Americans and Europeans still look to one another before they look to anyone else.

Our partnership benefits us all. This is the time to renew it.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern